

DEUTSCHER VERTEIDIGUNGSBEITRAG

Die Ausdehnung des Kommunismus Ende der vierziger und zu Anfang der fünfziger Jahre namentlich in Korea weckte in dem völlig abgerüsteten Westeuropa die schlimmsten Befürchtungen vor einer Gefahr aus dem Osten. Gelehrt hatte Korea außerdem, daß die Sowjetunion neuer Eroberungen halber keineswegs selbst an- oder einzugreifen brauchte; wenn sie ihre Satellitenstaaten hinreichend ausrüstete, dann besorgten diese den Fortgang der kommunistischen Weltrevolution. Ähnliche Absichten wie in Korea wollte Adenauer bei der Sowjetunion auch für Europa erkennen: sie gäbe der Ostzone äußerlich Selbständigkeit, während diese in der Volkspolizei eine schlagfertige Truppe für einen weiteren kommunistischen Vormarsch in Europa aufbaue. Ein Vorspiel des kommenden, über vier Jahre sich hinziehenden Aufruhrs der Meinungen zum deutschen Verteidigungsbeitrag löste im In- und Ausland Adenauers Interview mit dem »Cleveland Plain Dealer« vom 3. Dezember 1949 aus (421). Es hatte mehr taktischen Sinn. Adenauer forderte weniger für sofort eine deutsche Wiederaufrüstung und deutsche Soldaten; vielmehr wollte der Kanzler hauptsächlich darauf aufmerksam machen, daß die Bundesrepublik sich nicht werde aufbauen lassen, ohne daß die Frage ihrer Militärhoheit und ihres Militärpotentials eine befriedigende Antwort gefunden hätte. Im groben zeichnete er auch den einzuschlagenden Weg vor: eine vereinte europäische Armee. Gleichzeitig steckte er die Grenzen der deutschen Beteiligung daran ab. Überhaupt sah es im Sommer 1950, als das Verteidigungsthema wirklich auf den Tisch kam, eher danach aus, als ob der Kanzler den deutschen Verteidigungsbeitrag weniger um seiner selbst willen denn als Hebel gegen das Besatzungsstatut wollte. In der Tat war die Militärpolitik für ihn ein besonders griffiges Werkzeug, die gleichberechtigte Partnerschaft Deutschlands im Westen durchzusetzen: je selbständiger das deutsche Volk die Westorientierung gegen Angriffe von außen zu verteidigen bereit war, um so stärker festigte es durch diese Freiwilligkeit seine Verwurzelung in der europäisch-atlantischen Gemeinschaft.

Auch von außen hörte Deutschland entsprechende Aufforderungen. Am 10. August 1950 rief der Franzose André Philip die erstmals im Europa-Rat in Straßburg erschienenen deutschen Parlamentarier zur Beteiligung an einer Europa-Armee auf, und einen Tag später erhob Winston Churchill diesen Ruf zu einem förmlichen Antrag. Konrad Adenauer wird die Straßburger Debatte als Bekräftigung des eigenen, im Memorandum an die Hohe Kommission vom 30. August 1950 skizzierten Weges empfunden haben und ebenso den Plan, den am 24. Oktober 1950 der französische Ministerpräsident René Pleven vorlegte und in dem die französische Regierung angesichts der sowjetischen Bedrohung ihren Widerstand gegen die unvermeidlich gewordene deutsche Aufrüstung aufgab (422). In allen diesen Bekundungen aber wurde der Schutz durch die USA als unentbehrlich hingestellt; den Amerikanern wurde der Schutz Europas und die Führung dabei geradezu aufgedrängt. Konrad Adenauer führte oft lange Gespräche mit dem amerikanischen Hochkommissar John McCloy, der sich für den stärkeren Einsatz der Amerikaner in Europa und namentlich in der Bundesrepublik über deren Bündnis-

treue nach allen Seiten hin vergewisserte. Am 14. Dezember 1950 stellte er Adenauer vor: Die Sowjetunion werde »versuchen, Deutschland vom Westen abzudrängen, Deutschland aus seiner sicheren Lage dem Osten gegenüber dadurch herauszulösen, daß man ihm als Köder die deutsche Einheit vorhalte. Aber mit dem Begriff der deutschen Einheit verbinde man auf östlicher Seite den Begriff eines vollkommen verteidigungslosen Deutschland . . . die Russen (hatten) erkannt, daß, wenn Deutschland sich mit dem Westen verbinde und sich an einer europäischen Armee beziehungsweise an einer europäischen Verteidigungsanstrengung beteilige, die Erfüllung des russischen Wunsches, Deutschland zu bolschewisieren, blockiert würde . . . die Russen (seien) bereit, alles zu versprechen, vorausgesetzt, daß in der Zwischenzeit bezüglich des deutschen Beitrages zur europäischen Verteidigung ein Halt einträte« (Erinnerungen I 397).

Als einzige politische Gruppe des Europa-Rats hatten die deutschen Sozialdemokraten dem Churchill-Antrag, sofort eine vereinte Europa-Armee zu schaffen, nicht zugestimmt. Carlo Schmid meinte, daß eine Aufrüstung die hochgerüstete Sowjetunion reize und daß eine deutsche Beteiligung an der Europa-Armee gleichzeitig ernste Gefahren für die junge deutsche Demokratie heraufbeschwöre. Damit kündigte sich die unnachgiebige Opposition der SPD gegen Adenauers Verteidigungspolitik an, die durch eine Krise innerhalb des Bundeskabinetts, welche am 10. Oktober 1950 zum Rücktritt des Innenministers Gustav Heinemann führte (423), und durch alliiertes Zögern bei der Herstellung der deutschen Gleichberechtigung zusätzlich belastet wurde. Aber trotz Martin Niemöller und Heinemann, die eine kleine, freilich laute Gruppe pazifistischer evangelischer Theologen anführten (424, 426), blieb Kurt Schumacher auch in der Diskussion um den deutschen Wehrbeitrag Adenauers eigentlicher Gegenspieler. Schumacher indessen ging mit seinen Wehrforderungen entschieden weiter als der Kanzler: der Oppositionsführer wollte wie Adenauer den Aufbau einer starken Bundespolizei, auch er bejahte unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung mit den Alliierten eine deutsche Wiederaufrüstung, doch er verlangte über Adenauer hinaus größtmögliche Konzentration der westlichen Macht an der Elbe. Dieses Verlangen verkündete er freilich nicht so laut wie seine Kritik an Adenauers Verhandlungsmethode, an den deutschen Vorleistungen gegenüber den Alliierten und seine Auffassungen, daß der deutsche Wehrbeitrag noch Zeit habe, daß der vorgesehene deutsche Militärbeitrag eine Grundgesetzänderung erforderlich mache, daß aber der damalige Bundestag zu einem solchen Beschluß kein Recht habe, weil das Problem, als er gewählt wurde, nicht sichtbar war, daß infolgedessen der Bundestag sich selbst auflösen sollte, was wiederum er nach dem Grundgesetz gar nicht kann und darf. Mit diesen Argumenten geriet die SPD in die Nähe der moralisierenden evangelischen Theologen, welche mit ihren pazifistischen Gedanken den im Volk verbreiteten »Ohne-mich«-Standpunkt ungewollt stärkten. Nach allem, was hinter den Deutschen lag, konnte dies nicht überraschen. Auch Adenauer sah den Kern des allgemeinen Widerwillens und kämpfte gegen ihn. »Der Ausgang des Zweiten Weltkriegs hatte nicht nur den Wehrwillen der Deutschen gelähmt, sondern ihren nationalen Lebenswillen überhaupt. Die Neigung, sich vom kollektiven Schicksal ins Private abzuwenden, war weit verbreitet. Große Teile der öffentlichen Meinung vermochten Adenauers Willen, das Lebensrecht seines

Staates in der Welt durchzusetzen, kaum zu folgen. Was anzog, war höchstens die mit dem Westkurs verbundene Chance eines größeren Spielraums in Wirtschaft und Gesellschaft« (Besson, Außenpolitik 108).

Die Landtagswahlen von 1951 brachten denn auch der CDU Einbußen z.T. katastrophalen Ausmaßes. Adenauer kämpfte, solange die Verträge mit den Westalliierten nicht ausgehandelt waren, in einem Zweifrontenkrieg: im eigenen Lande zerbröckelte die eigene Basis und draußen mußten unter den Alliierten deren unterschiedliche Interessen an Deutschland vereinigt werden. Im Rückblick ist alles gut gegangen. Doch der lang andauernde innere und äußere Streit um die EVG und den Deutschland-Vertrag lassen erkennen, daß das keineswegs selbstverständlich war.

Die Beratungen über den Plevén-Plan begannen am 15. Februar 1951 in Paris; sie wurden von Staatssekretär Prof. Hallstein geleitet, der gleichzeitig auch die Verhandlungen über den Schuman-Plan führte. Lange umstritten war das Verhältnis von NATO und EVG. Die Franzosen meinten, daß ein Beitritt der Bundesrepublik zum Atlantikpakt dessen rein defensiven Charakter verändere; denn die Deutschen erhöhten im Unterschied zu den übrigen Mitgliedern territoriale Forderungen. Damit war offenbar die Wiedervereinigung gemeint, und Adenauer beeilte sich mit der Versicherung, daß die Bonner Ansprüche nur mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden sollten. Immerhin bewerteten also auch westliche Partner — nicht nur die Sowjetunion — die Wiedervereinigung als Machtzuwachs für die Bundesrepublik kritisch. Am Ende kam unter beharrlichem amerikanischen Druck eine Lösung zustande, die in der Verknüpfung von NATO und EVG eine formal komplizierte Ordnung schuf, deren einfacher Sinn aber in der Verschmelzung beider Einrichtungen bestand, sobald die nicht der NATO angehörende Bundesrepublik angegriffen wurde. Anfang Mai 1952, kurz vor der angesetzten Unterzeichnung der Verträge, verlangte die FDP Änderungen der Verträge; aber Adenauer wußte geschickt abzulenken. Noch am Vorabend der Unterzeichnung stellten jedoch die Franzosen alles in Frage. Die Pariser Regierung machte ihre Zustimmung zum Vertragswerk von einer Garantie der Angelsachsen für den Fall eines deutschen Austritts aus der EVG abhängig; dem kamen London und Washington nach: Frankreich traute sich also nicht zu, auf dem Kontinent allein die Balance gegen die Bundesrepublik zu halten. Adenauer forderte daraufhin seinerseits, daß eine Verzögerung bei der Verabschiedung der EVG das Inkrafttreten des Deutschland-Vertrags nicht hindern dürfe. Diese Forderung war nicht unbillig, da ja die Hemmungen gegen die EVG nicht von deutscher Seite kamen, und so stimmten die drei Alliierten zu. Die deutsche Gleichberechtigung konnte danach auch unabhängig von einer abschließenden Regelung des deutschen Militärbeitrags wiederhergestellt werden. Am 26. Mai 1952 wurden in Bonn der Deutschland-Vertrag und am 27. Mai 1952 in Paris das Vertragswerk über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (429) feierlich unterschrieben.

Der Streit um die Ratifizierung der Verträge ist in Deutschland auch als Verfassungsstreit ausgetragen worden. Der Einwand gegen die Verabschiedung durch den Bundestag lautete vor allem, daß das Grundgesetz eine Aufstellung bewaffneter Streitkräfte nicht vorsehe. Danach wäre eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig gewesen und damit die Zustimmung der SPD. Der Bundeskanzler hielt dagegen

den Beitritt zur EVG durch den Artikel 24 des Grundgesetzes gedeckt, der dem Bund die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen erlaubte und es ihm freistellte, sich in ein System kollektiver Sicherheit einzuordnen. Die Wehrhoheit brauche im übrigen im Grundgesetz gar nicht verankert zu sein; sie sei selbstverständliches und unveräußerliches Selbsterhaltungsrecht eines jeden Staates. Inmitten des Verfassungstreits, in dem auch der Bundespräsident durch das beim Bundesverfassungsgericht angeforderte Gutachten eingriff, fand am 9. Juli 1952 die erste Lesung statt. Die zweite Lesung verzögerte sich wegen langsamer Beratungen der Ausschüsse. Schumachers Tod (20. August 1952) benutzte die SPD nicht zu einer Kursänderung, und Adenauer selbst weitete die Krise aus, indem er die CDU-Bundestagsfraktion veranlaßte, beim Bundesverfassungsgericht Organklage mit dem Vorwurf zu erheben, die SPD-Opposition verstoße gegen das Grundgesetz, indem sie der Mehrheit das Recht bestreite, die Verträge mit einfacher Mehrheit zu verabschieden. Andererseits brachte der Kanzler den Bundespräsidenten auf seine Seite, indem er ihn bewog, sein Gutachten-Ersuchen zurückzunehmen. Schließlich gingen Adenauers Wünsche doch in Erfüllung. Das Bundesverfassungsgericht entschied im März 1953, daß die Minderheit die Mehrheit in der Gesetzgebung nicht hindern könne. Am 19. März 1953 ergab sich im Bundestag in dritter Lesung eine überzeugende Mehrheit für die Verträge (431). Letzten Widerstand gab es jedoch noch im Bundesrat. Dessen Präsident war Reinhold Maier, der in Baden-Württemberg eine FDP-SPD-Koalition führte, im Bundesrat den Ausschlag gab, gegen Adenauers Westkurs war, und schließlich doch am 15. Mai ohne Befragen seiner Regierung auf Druck der Bonner FDP den Verträgen zustimmte und damit sein Ministerpräsidentenamt verlor. Nach wie vor aber hielt Theodor Heuss an seiner Meinung fest, daß die Verfassungsfragen vor seiner Unterschrift zu klären wären. Erst nach der Grundgesetzänderung nach den Bundestagswahlen vom September 1953 fertigte Heuss die Urkunden am 28. März 1954 endlich aus (530). Den deutschen Verteidigungsbeitrag hatten ja nicht nur die politisch maßgebenden Einrichtungen, sondern vor allem die deutschen Wähler gutgeheißen.

Doch alle diese jahrelangen außerordentlichen deutschen Anstrengungen waren umsonst. Am 30. August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung die EVG ab (433). Der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France hatte sich mit seiner Regierung dafür nicht eingesetzt. Er anerkannte damit Hilfen der Sowjetunion an Frankreich in Indochina. Vorher glaubte er, durch neue Forderungen die Kammer-Entscheidung günstig beeinflussen zu können: ein alleiniges französisches Recht auf ein Veto in der EVG lehnte mit Adenauer namentlich der Belgier Spaak ab (432). Eine andere Forderung war, daß jeder Partner aus der EVG ausscheiden kann, wenn Deutschland wiedervereinigt werde. Adenauer entgegnete, daß die Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung noch eine recht akademische Frage wäre und Mendès-France' Wunsch geradezu auf eine Einladung an Moskau hinauslaufe, die Wiedervereinigung im Tausch gegen die EVG anzubieten. Dies erlaubt einen tiefen Blick auf Frankreichs Haltung zur deutschen Wiedervereinigung und gleichermaßen auf deren Rang in Adenauers Prioritätenliste. Den 30. August 1954 aber nannte Adenauer einen schwarzen Tag für Europa.

Fast vier Jahre hatte das Ringen um die EVG gewährt. Noch nicht zwei Monate dauerte es, bis der Ersatz der Pariser Verträge ausgehandelt war. Die Initiative ging diesmal von der britischen Regierung aus. Am 11. September 1954 begann Außenminister Anthony Eden eine Erkundungsreise durch die Hauptstädte der EVG-Länder. Er brachte das Angebot mit, zwischen die Bundesrepublik und die NATO — kein anderer Weg blieb für eine Lösung der Verteidigungsfrage — den schon fast vergessenen Brüsseler Pakt von 1948 zu schieben. Damals hatten sich Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten zu einer Verteidigungsallianz zusammengeschlossen, deren Funktion jedoch die kurz danach gegründete NATO übernahm. In der neu aufgelegten Westeuropäischen Union (WEU) sollte nun auch die Bundesrepublik einen Platz finden, und gleichzeitig mochten hier die Sonderregelungen über die Beschränkung ihres militärischen Potentials untergebracht werden. Eden wurde wirkungsvoll vom amerikanischen Außenminister Dulles unterstützt, der während der Verhandlungen hauptsächlich die Fäden zog. Die Londoner Neunmächtekonferenz begann am 28. September 1954. Frankreich lenkte in London ein, weil Dulles die fortdauernde Anwesenheit amerikanischer Truppen und damit eine amerikanische Sicherheitsgarantie für Westeuropa anbot. Eden verpflichtete sich, die britische Rheinarmee in ihrer bisherigen Stärke zu erhalten und sie nicht gegen den Wunsch der Mehrheit der Mitglieder der WEU zurückzuziehen. Damit waren die französischen Sorgen vor einem deutschen Übergewicht jedoch noch immer nicht zerstreut. Mendès-France verlangte in der WEU eine Behörde, die über die Produktion und Verteilung der Waffen der kontinentalen Mitglieder wache. Adenauer fand dieses französische Mißtrauen gegen Deutschland sogar verständlich, aber er konnte und durfte die deutschen Streitkräfte nicht von ihrer heimischen Rüstungsbasis abschneiden. Mit diesem Gegensatz geriet die Konferenz in ihre schwerste Krise, und Churchill schaltete sich ein. Paris wollte sich offensichtlich durch die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche System nicht in seiner gleichzeitig betriebenen Ost-West-Entspannung behindern lassen. Um es nicht noch stärker in diese Richtung zu drängen, bot Adenauer einen einseitigen deutschen Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen, sowie von Raketen, Schiffen und Bomben von einer bestimmten Größe an aufwärts, ferner die Kontrolle dieser Verpflichtung durch die WEU an. Dieser Verzicht beeindruckte die Westalliierten außerordentlich; er stärkte abermals das Vertrauen zu Adenauer. Die amerikanischen, englischen und deutschen Vorleistungen machten es Frankreich indessen unmöglich, sich dem deutschen NATO-Beitritt weiter zu widersetzen (434). Am 19. Oktober begann in Paris die abschließende Konferenzrunde. Auf vier Ebenen verhandelte man gleichzeitig. Einmal stand die Bundesrepublik den drei Besatzungsmächten gegenüber, deren Herrschaft zu beenden war. Die sieben Mitgliedstaaten der WEU regelten die Erweiterung des Brüsseler Paktes um Deutschland und Italien (435). Eine Konferenz von 15 Mächten diskutierte den deutschen NATO-Beitritt, und schließlich mußten Deutsche und Franzosen sich noch über die leidige Saarfrage verständigen. Adenauers außenpolitischer Stil muß sich auf dieser ersten großen internationalen Konferenz, an der die Bundesrepublik maßgebend beteiligt war, hervorragend bewährt haben. Die großen Linien zog er fest nach einem klaren Konzept der eigenen Wünsche und Grenzen; die Einzelheiten regelte ein auf ihn eingespielter Stab. Am 23. Oktober 1954 wurde in Paris eine Serie von Abkommen unter-

zeichnet (436), die allesamt Verhältnisse regelten, die man schon zwei Jahre zuvor durch die EVG und den Deutschland-Vertrag geordnet zu haben glaubte. Nur ging, da die übernationale europäische Militärhoheit entfiel die Bundesrepublik aus diesen Konferenzen in ihrer Eigenstaatlichkeit gestärkt hervor; die europäischen und die gesamtdeutschen Vorbehalte wogen zu Adenauers Bedauern immer weniger.

Die innerdeutsche Auseinandersetzung, die wegen der Ratifizierung der Pariser Verträge einsetzte, kreiste abermals um die Frage, ob aussichtsreiche Bemühungen um die Wiedervereinigung noch möglich wären, ehe man mit dem Westen endgültig abschließe. Die SPD hatte seit dem Frühjahr 1952 ständig Verhandlungen mit den vier Siegermächten gefordert (419) und zeigte sich von der starren Haltung Molotows auf der Berliner Außenminister-Konferenz (15. Jan. — 18. Febr. 1954) keineswegs entmutigt. Während der Londoner und Pariser Verhandlungen nahm die Unruhe unter den der SPD nahestehenden Kreisen stark zu. Anfang Oktober billigte der Bundeskongreß des DGB in Frankfurt einmütig eine Entschließung gegen die Aufrüstung. Eine außerparlamentarische Oppositon, die erstmals aufkam, machte durch öffentliche Auftritte von sich reden. Allenthalben wurden Volksentscheide und Streiks gegen die Pariser Verträge gefordert. Um den allgemeinen Aufruhr zu kanalisieren, gründeten die SPD- und Gewerkschaftsführer die Paulskirchenbewegung. Erich Ollenhauer und der DGB-Vorsitzende Walter Freitag sowie die Professoren Helmut Gollwitzer und Alfred Weber verlangten am 29. Januar 1955, vor der Ratifizierung der Pariser Verträge die Sowjetunion beim Worte zu nehmen, da danach »Verhandlungen über die Wiedervereinigung nicht mehr möglich sein werden« (560). Man tat so, als ob sich der Gegensatz der beiden Weltmächte und die dadurch aufgeworfenen Sicherheitsrisiken dem deutschen Wiedervereinigungswunsch unterordnen ließen. Auch vermied es die SPD, klar zu sagen, ob sie bereit war, eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands, deren Bejahung doch die Voraussetzung für den Erfolg von Viererverhandlungen gewesen wäre, als Preis für die Wiedervereinigung zu zahlen. Ebenfalls blieb eine eindeutige Stellungnahme, ein »Ja« oder »Nein« der Oppositon zur entstehenden Bundeswehr aus. Die SPD hatte mithin keine präzise Alternative zu Adenauers Kurs. Und als die Sowjetunion am 15. Januar 1955 freie gesamtdeutsche Wahlen und sogar deren internationale Überwachung hinzunehmen schien, gab auch die Oppositon zu, daß dies nur als taktisches Manöver zu werten sei. Am 28. Februar 1955 ratifizierte der Bundestag mit großer Mehrheit die Pariser Verträge (441). Am 5. Mai traten sie in Kraft. Die Besatzungsherrschaft war zu Ende (404—403). Adenauer gab das Außenministerium an Heinrich v. Brentano ab und ließ Theodor Blank zum ersten Bundesminister der Verteidigung ernennen. Die DDR trat sehr bald am 14. Mai 1955, dem Gründungstag, dem Warschauer Pakt bei. Damit endete die Bereitschaft der Sowjetunion, über die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln. Aber auch die westlichen Regierungschefs zeigten sich auf der Genfer Gipfelkonferenz mit Chruschtschow zu der von Adenauer verlangten Konzentration aller Ost-West-Gespräche auf die Wiedervereinigung nicht bereit. Nachdem die von ihm seit langem erstrebte Position der Stärke endlich erreicht war, enttäuschte im Westen ein allgemeiner Entspannungswille Adenauers Erwartung, daß nach der Ratifizierung der Pariser Verträge eine fordernde Politik gegen Osten begänne.

Die Last der innerdeutschen Unruhe gegen die Aufrüstung aber blieb dem Kanzler. Die SPD und namentlich ihr Wehrexperte Fritz Erler hatten gegen Adenauer ständig behauptet, eine Halbmillionen-Armee, die auf der allgemeinen Wehrpflicht aufbaue und nur mit konventionellen Waffen ausgerüstet wäre, sei unzeitmäßig und zum Sterben verurteilt. In die ohnehin wenig volkstümliche Wehrpflichtdebatte platzte nun im Juni 1956 der amerikanische Radford-Plan mit der Umstellung der Strategie in Europa von der Verteidigung (defense) auf die Abschreckung (deterrence) durch von Anfang an vorgesehene Atom-Schläge. Adenauer geriet in hellste Aufregung, rief den deutschen Botschafter aus Washington zurück und ärgerte sich verstimmt über seinen Freund Dulles. In diesem Augenblick zeigte sich Franz Josef Strauß auf der Höhe der Situation. Er lobte den Radford-Plan und forderte in Anpassung daran die Atombewaffnung der Bundeswehr. Der dadurch herausgeforderte Adenauer, der zum erstenmal auf die Richtlinien der Außenpolitik fremden Einfluß gestattete, zog rasch die Konsequenzen: er bestellte Strauß an Stelle des glücklosen Theodor Blank zum Bundesverteidigungsminister und räumte dem vorher vielleicht trotz aller bisherigen Mühen unterschätzten Schwergewicht der Verteidigungspolitik mehr Raum ein.

Anfang 1957 war die neue Konzeption klar: Die konventionellen Waffen haben keine entscheidende, doch in der Abwehr eine unersetzte und daher notwendige Bedeutung; ohne taktische Atomwaffen indessen kommt auch die Abwehr nicht aus. Die Bundeswehr war mithin, sollte sie nicht militärisch schlechter gestellt und politisch einflußloser sein als die Streitkräfte der NATO-Partner, mit taktischen Atomwaffen auszurüsten. Damit aber wirkte man auch dem sowjetischen Versuch entgegen, für Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu vereinbaren und so den Fortschritt beim Aufbau der Bundesrepublik zu hemmen. Sah doch Adenauer in der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone nichts anderes als eine Neuauflage des Neutralisierungsverlangens, diesmal mit waffentechnischen Argumenten begründet. Daher war für ihn die atomare Bewaffnung auch kein Gegenstand, den im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung zu diskutieren erlaubt war.

Wo immer sie konnte, suchte die SPD Volksbegehren einzuleiten, gegen die Adenauer erfolgreich das Bundesverfassungsgericht anrief. Herausgefordert aber hatten der Kanzler seine Gegner, die hauptsächlich mit moralischer Entrüstung gegen ihn kämpften, als er in einer Pressekonferenz am 5. April 1957 taktische Atomwaffen für nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie erklärte (446). Und in seiner Antwort auf den Protest der 18 führenden deutschen Atomwissenschaftler (447) bezeichnete er als politischen Kern des Atom-Gegner-Feldzuges die Auflösung der NATO. Der von beiden Seiten mit stärkstem demagogischen Aufwand geführte Streit erlangte seinen Höhepunkt, als Adenauer für den Fall eines Wahlsieges der SPD den Untergang Deutschlands vorhersagte und die SPD ihn der Atombombenpolitik bezichtigte und als Gefahr für Freiheit und Frieden darstellte (446). Die innerdeutsche Auseinandersetzung erreichte ihren Höhepunkt Mitte März 1958 mit der Gründung des Komitees »Kampf dem Atomtod«. In- und außerhalb des Bundestages trieben die Gegensätze zu einer Schärfe, die bislang in Westdeutschland unbekannt war. Kern aller Beweisführungen der Regierung blieb von Brentanos Formel, die er in der großen Redeschlacht des Bundes-

tages im März 1958 prägte: »Wir können die Sicherung eines wiedervereinigten Deutschland nicht dadurch erwerben, daß wir die Sicherheit der Bundesrepublik zunächst preisgeben.«

Nach: Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

421 1949 Dezember 3

Erklärung des Bundespresseamtes über Adenauers Interview für den Korrespondenten des »Cleveland Plain Dealer«, Mr. Leacacos:

»Adenauer sprach sich grundsätzlich gegen jede deutsche Wiederaufrüstung aus. Deutschland müsse seine ganze Kraft dem Wiederaufbau zuwenden, besonders nach den schweren Verlusten an Menschenleben des vergangenen Krieges.

Auf die Frage des Korrespondenten, wie die deutsche Regierung sich zu einer Aufforderung der Alliierten stellen würde, sich an der Verteidigung Europas zu beteiligen, führte Bundeskanzler Dr. Adenauer aus: Wenn auf einer Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung Westeuropas bestanden würde, dann könne dies nur im äußersten Falle einer Konflagration und nur in der Form geschehen, daß ein deutsches Kontingent innerhalb einer europäischen Armee und unter europäischem Oberbefehl aufgestellt würde. Den Gedanken, Freiwillige in Deutschland zu werben, lehnte der Bundeskanzler als Landsknechtstum ab.

Die Frage, ob die deutsche Industrie Waffen herstellen könne, beantwortete Bundeskanzler Dr. Adenauer dahingehend, daß sie dazu nicht in der Lage sei, weil die entsprechenden industriellen Anlagen zerstört seien. Wenn überhaupt eine Aufrüstung erfolgen müsse, dann könne sie nur mit amerikanischen Waffen vorgenommen werden.«

Aus: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart 1965, S. 342 f.

422 1950 August 30 – Bonn

Adenauers »Bereitwilligkeitserklärung« in dem Memorandum über die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland:

»Das Problem der Sicherheit des Bundes stellt sich zunächst unter dem äußeren Gesichtspunkt. Die Verteidigung des Bundes nach außen liegt in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Der Bundeskanzler hat wiederholt um die Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuert diese Bitte hiermit in dringendster Form, denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa kann allein der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte kundtun, daß Westdeutschland im Ernstfall auch verteidigt wird. Eine solche Verstärkung der alliierten Truppen ist aber auch deshalb notwendig, weil nur hinter dem Schutz einer ausreichenden Zahl gut ausgerüsteter alliierter Divisionen die gegenwärtig in Westeuropa anlaufenden Verteidigungsmaßnahmen ungestört durchgeführt werden können. Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten. Damit ist eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß der Bundeskanzler eine Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung einer eigenen nationalen militärischen Macht ablehnt.«

Aus: Europa-Archiv 5, 1950, S. 3581.

- 423 1950 Oktober 13
 »Deutsche Sicherheit«, Rücktrittserklärung von Dr. Dr. Gustav Heinemann, Bundesminister a.D.
 Faltblatt, Druck, 6 S. Auch: Europa-Archiv 5, 1950, S. 3594 – 3596. — HASTK L 1072.
- 424 1950 Oktober 17 — Basel
 Karl Barth teilt der Schriftleitung von »Unterwegs« Berlin-Dahlem die Gründe mit, die ihn im Gegensatz zu seiner Forderung von 1938 nach bewaffneter Gegenwehr der Tschechoslowakei gegen Hitler nun zur Ablehnung einer deutschen Beteiligung an der Wiederaufrüstung des Westens gegen die kommunistische Bedrohung leiten.
 Flugschrift, Druck, 8 S. — HASTK L 1072.
- 425 1951 Januar 26 — Düsseldorf
 Max Reimann, Parteivorsitzender der KPD, fordert in einem offenen Brief den Parteivorstand der SPD zu einer Verständigung beider Parteien auf, um Adenauer wegen der »Remilitarisierung« zum Rücktritt zu zwingen.
 Druck, 2 S. — HASTK L 956.
- 426 1952 Januar 17 — Darmstadt
 »Deutschland — wohin? Krieg oder Frieden?« Rede von Kirchenpräsident Dr. Martin Niemöller.
 Druck, 32 S. — HASTK L 1142.
- 427 1952 Februar 18 — London
 Die Außenminister (v.l.) Adenauer, Acheson, Eden und Schuman beraten über die Europa-Armee.
 Lichtbild. — HASTK Bildsammlung Gruber 626.
- 428 1952 Mai 12 — Essen
 Demonstration von der KPD herangebrachter Jugendlicher gegen den Deutschland-Vertrag. Dabei wurde der 21jährige Philipp Müller aus München-Neuaubing tödlich verletzt.
 Extrablatt von »Freies Volk«, Zentralorgan der KPD. — HASTK L 956.
- 429 1952 Mai 27 — Paris
 Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).
 Ausgelegt: Schlußseite der für die Bundesrepublik hergestellten Ausfertigung mit Beglaubigung. — Ausw. Amt Bonn, Polit. Archiv.
- 429a 1952 Mai 27 — Paris
 Adenauer begrüßt seinen ältesten Sohn und seine Schwiegertochter »vom Tage der Unterzeichnung« des EVG-Vertrages.
 Eigenhändig auf einer Ansichtskarte mit Notre Dame. — Leihgabe: Konrad Adenauer, Köln-Lindenthal.

- 430 1952 September 5 — (Ost-) Berlin
»Weißbuch über den Generalkriegsvertrag«, herausgegeben vom Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik.
Druck, 248 S. — HASTK L 1142.
- 431 1953 März 19 — Bonn, Bundestag
Adenauer und Erich Ollenhauer bei der dritten Lesung des Deutschland- und des EVG-Vertrages.
Zwei Lichtbilder. — HASTK Bildsammlung Gruber 602.
- 432 1954 August 22 — Brüssel
Adenauer lehnt nachträgliche, Deutschland diskriminierende Änderungswünsche des französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France am EVG-Vertrag ab.
»Kölner Stadt-Anzeiger« Nr. 195 v. 23. 8. 1954. — HASTK L 1073.
- 433 1954 August 30 — Paris
Die Französische Nationalversammlung lehnt die Ratifizierung des EVG-Vertrags mit 319 gegen 264 Stimmen ab. Edouard Herriot, der Ehrenpräsident der Kammer, nannte den Vertrag »eine Mißgeburt und lächerlich«.
»Westdeutsche Allgemeine« Nr. 202 vom 31. 8. 1954. — HASTK L 956.
- 434 1954 Oktober 3 — London
Die »Londoner Akte«: Die Bundesrepublik wird wiederbewaffnet und stellt 12 Divisionen sowie eine taktische Luftwaffe von 1 000 Flugzeugen auf; Deutschland und Italien werden Mitglieder des erweiterten Brüsseler Paktes (WEU); die Bundesrepublik tritt der NATO bei; nach Ratifizierung der Londoner Beschlüsse durch die Parlamente erhält die Bundesrepublik ihre Souveränität zurück, das Besatzungsstatut ruht inzwischen. Die Bundesrepublik verzichtet auf die Herstellung von Atom-, biologischen und chemischen Waffen sowie vorläufig auf »schwere« Waffen wie Bombenflugzeuge, größere Kriegsschiffe, Raketen oder ferngelenkte Geschosse; die Bundesrepublik wird die deutsche Wiedervereinigung niemals mit Gewalt herbeiführen wollen.
»Essener Tageblatt« 5 Jg. Nr. 231 v. 4. 10. 1954. — HASTK L 641.
- 435 1954 Oktober 23 — Paris
Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags zwischen Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Großbritannien vom 17. März 1948 mit Protokoll Nr. II über die Streitkräfte der Westeuropäischen Union, Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle nebst Anlagen sowie Protokoll Nr. IV über das Amt für Rüstungskontrolle der Westeuropäischen Union (= Gründung der Westeuropäischen Union).
Ausw. Amt Bonn, Polit. Archiv. Nr. 134.
- 436 1954 Oktober 23 — Paris
Die westlichen Außenminister unterzeichnen im Palais Chaillot die »Pariser Verträge«, die die »Londoner Akte« vom 3. Oktober aufnehmen.
Lichtbild. — HASTK Bildsammlung Gruber 695.

- 436a Oktober 23 (auf der Karte irrtümlich: 21) — Paris
Adenauer grüßt seinen ältesten Enkel Konradin »von der entscheidenden Pariser Konferenz«.
Eigenhändig in lateinischer Schrift auf einer Ansichtskarte mit dem Eiffelturm; Anschrift von anderer Hand. — Leihgabe: Konrad Adenauer, Köln-Lindenthal.
- 437 1954
»Und merk' dir eines noch: Wenn man etwas geschenkt bekommt, ist es unfein nach dem Preis zu fragen!« Karikatur von H. E. Köhler zu deutschen Wiederbewaffnung.
Aus: Walter Henkels, »... gar nicht so pingelig, meine Damen und Herren...« Neue Adenauer-Anekdoten, Düsseldorf-Wien 1965, S. 69.
- 438 1954 November 13
Note der Sowjetregierung an 23 europäische Staaten und die USA wegen Konferenz über ein »gesamteuropäisches Sicherheitssystem«.
»Die Presse«, Unabhängige Zeitung für Österreich, 7. Jg. Nr. 1843. — HASTK L 688.
- 439 1954 Dezember 15 — Bonn, Bundestag
»Tiefe Kluft zwischen Kanzler und der SPD« bei der ersten Lesung der Pariser Verträge.
»Neue Rhein Zeitung«, 9. Jg. Nr. 293 vom 16. 12. 1954. — HASTK L 642.
- 440 1955 Februar 16 — Hamburg, Ernst-Merck-Halle
Die Bundesvorsitzenden der Parteien der Regierungskoalition (v.l.) Thomas Dehler (FDP), Adenauer, Heinrich Hellwege (DP) und Prof. E. Oberländer (BHE) antworten vor über 10 000 Menschen auf die Bedenken, die von der Opposition am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche gegen die Pariser Verträge und die deutsche Wiederbewaffnung erhoben wurden.
Zwei Lichtbilder. — HASTK Bildsammlung Gruber 189.
- 441 1955 Februar 28 — Bonn, Bundestag
Erregte und außerordentlich lange Debatten — auch am Sonntag — vor der dritten Lesung mit der entscheidenden Abstimmung über die Pariser Verträge.
»Hamburger Abendblatt« Nr. 49 vom 28. 2. 1955, Sonderseite 11. — HASTK L 611.
- 442 1955 März 2 — Bonn
Bundespräsident Heuss bestätigt vier am 23. Oktober 1954 in Paris von den Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande und Großbritanniens unterzeichnete Protokolle über die Gründung der Westeuropäischen Union.
Gedruckte Ausfertigung mit eigenhändigen Unterschriften von Heuss und Adenauer. Großes Staatsiegel der Bundesrepublik. — Ausw. Amt Bonn, Polit. Archiv Nr 167.
- 443 1954 oder 1955 — (Ost-) Berlin
»Verschwörung gegen Deutschland. Die Pariser Verträge — ein Komplott des Krieges und der Spaltung.« Herausgegeben vom Ausschuß für Deutsche Einheit.
Druck, 206 S. — HASTK L 1668.

- 444 1955 Juni
»Vom künftigen deutschen Soldaten«, Gedanken und Planungen der Dienststelle Blank.
Druck, 111 S. — HASTK L 1607.
- 445 1956 Januar 20 — Andernach
Adenauer spricht zu den ersten freiwillig eingerückten Soldaten der Bundeswehr (Abb. 26).
Lichtbild.
- 446 1957 April 5
Adenauer spricht sich unter Hinweis auf die bei den Großmächten im Gang befindliche atomare Umrüstung für die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen aus, die er als »Weiterentwicklung der Artillerie« bezeichnet. Selbstverständlich kann die Bundesrepublik nicht darauf verzichten, die Truppe mit »normalen« Waffen auszurüsten.
»Norddeutsche Rundschau« Nr. 82/57 v. 6. 4. 1957. — HASTK L 524.
- 447 1957 April 12
Erklärung von 18 führenden deutschen Atomwissenschaftlern, daß sie sich weder an der Herstellung noch an der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen beteiligen, jedoch an der friedlichen Verwendung der Atomkraft weitermitarbeiten werden. Die Bundesrepublik möge »ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art« verzichten.
»Osnabrücker Tageblatt«, 73. Jg. Nr. 21167 vom 13. 4. 1957. — HASTK L 185.
- 448 1957 Mai 10 — Bonn, Bundestag
Debatte über eine Anfrage der SPD wegen der aus einer möglichen atomaren Ausrüstung der Bundeswehr entstehenden Fragen.
»Main Echo«, Aschaffenburg, Nr. 109 vom 11. 5. 1957. — HASTK L 44.
- 448a 1958 Karneval — Köln
Eine Darstellung im Karnevalszug karikiert Adenauers Bewertung der taktischen Atomwaffen als »Weiterentwicklung der Artillerie«.
Lichtbild. — Leihgabe: Bundesbildstelle Bonn.